

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



**15.2043          Petition Menschenrechtsgruppe Zwischengeschlecht. Intersex-  
Genitalverstümmelungen verbieten**

---

Bericht der Kommission für Rechtsfragen vom 23. Januar 2017

---

Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates hat an ihrer Sitzung vom 23. Januar 2017 die am 10. Dezember 2015 von der Menschenrechtsgruppe Zwischengeschlecht eingereichte Petition vorberaten.

Die Petenten verlangen ein Verbot von Genitalverstümmelungen an intersexuellen Personen.

**Antrag der Kommission**

Die Kommission beantragt, der Petition keine Folge zu geben.

Berichterstattung: schriftlich

Im Namen der Kommission  
Der Präsident:

Fabio Abate

Inhalt des Berichtes

- 1 Inhalt der Petition
- 2 Erwägungen der Kommission



## 1 Inhalt der Petition

Die Petenten verlangen ein Verbot von Genitalverstümmelungen an intersexuellen Personen.

## 2 Erwägungen der Kommission

Die Kommission ist sich der Problematik der Personen mit uneindeutigem Geschlecht bewusst und ist der Ansicht, dass diese Personen mit Respekt behandelt werden müssen und nicht diskriminiert werden dürfen. Sie hat Kenntnis genommen vom Bericht der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK) und von der Stellungnahme des Bundesrates<sup>1</sup>. Aus diesen geht hervor, dass die Empfehlungen der NEK bereits umgesetzt sind oder sich in Umsetzung befinden. Die Kommission weist darauf hin, dass zu frühe oder nicht notwendige geschlechtszuweisende Eingriffe gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit verstossen. Sie ist daher der Auffassung, dass die Gesetzgebung ausreicht und kein weiterer Gesetzgebungsbedarf besteht. Aus diesem Grund beantragt sie, der Petition keine Folge zu geben.

---

<sup>1</sup> Vgl. Medienmitteilung des Bundesrates vom 6. Juli 2016:  
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-62507.html>.